

**Gesetzentwurf
der Bundesregierung****Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 17. Oktober 2000
über die Anwendung des Artikels 65
des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente****A. Problem und Ziel**

Die Bundesrepublik Deutschland hat nach Abschluss der Regierungs-konferenz der Mitgliedstaaten der Europäischen Patentorganisation das Übereinkommen vom 17. Oktober 2000 über die Anwendung des Artikels 65 des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente gezeichnet. Das Übereinkommen bezweckt eine Kosten-senkung im Zusammenhang mit Übersetzungen europäischer Patente. Mit dem vorliegenden Zustimmungsgesetz sollen die Voraussetzun-gen für die Ratifizierung geschaffen werden.

B. Lösung

Das Gesetz regelt die Zustimmung zu dem Übereinkommen vom 17. Oktober 2000 über die Anwendung des Artikels 65 des Überein-kommens über die Erteilung europäischer Patente. Bei dem Gesetz handelt es sich um ein Vertragsgesetz nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Die inhaltlich verbindlichen Vorgaben des Übereinkommens sollen durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen umgesetzt werden.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 26. 09. 03

Druck:

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 40, Telefax: (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0720-2946

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Bund, Länder und Gemeinden werden nicht mit Kosten belastet.

2. Vollzugsaufwand

Es entsteht kein zusätzlicher Vollzugsaufwand, da organisatorische Umstellungsarbeiten zur Umsetzung dieses Gesetzes nicht erforderlich sind.

E. Sonstige Kosten

Das Gesetz wird kostenneutral sein.

Auswirkungen auf Einzelpreise sowie das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

15. 08. 03

R – K – Wi

**Gesetzentwurf
der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 17. Oktober 2000
über die Anwendung des Artikels 65
des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 15. August 2003

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 17. Oktober 2000
über die Anwendung des Artikels 65 des Übereinkommens über die Erteilung
europäischer Patente
mit Begründung und Vorblatt.
Federführend ist das Bundesministerium der Justiz.

Gerhard Schröder

Entwurf

**Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 17. Oktober 2000
über die Anwendung des Artikels 65
des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente**

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in London am 17. Oktober 2000 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über die Anwendung des Artikels 65 des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 6 Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Übereinkommen vom 17. Oktober 2000 über die Anwendung des Artikels 65 des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da das Übereinkommen sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 6 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch die Ausführung des Gesetzes werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit zusätzlichen Kosten belastet. Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Auch Auswirkungen auf die Umwelt und den Verkehr sind durch das Gesetz nicht zu erwarten.

**Übereinkommen
über die Anwendung des Artikels 65
des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente**

**Agreement
on the application of Article 65
of the Convention on the Grant of European Patents**

**Accord
sur l'application de l'article 65 de la
Convention sur la délivrance de brevets européens**

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens

in ihrer Eigenschaft als Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 5. Oktober 1973 über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen),

in Bekräftigung ihres Bestrebens, die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten auf dem Gebiet des Schutzes der Erfindungen zu verstärken,

gestützt auf Artikel 65 des Europäischen Patentübereinkommens,

in Anerkennung der Bedeutung des Ziels, die im Zusammenhang mit der Übersetzung europäischer Patente entstehenden Kosten zu senken,

unter Hinweis auf die Notwendigkeit, dieses Ziel umfassend zu verfolgen,

entschlossen, wirksam zu einer solchen Kostensenkung beizutragen

sind wie folgt übereingekommen:

The States parties to this Agreement,

in their capacity as Contracting States to the Convention on the Grant of European Patents (European Patent Convention) of 5 October 1973,

reaffirming their desire to strengthen co-operation between the States of Europe in respect of the protection of inventions,

having regard to Article 65 of the European Patent Convention,

recognising the importance of the objective to reduce the costs relating to the translation of European patents,

stressing the need for widespread adherence to that objective,

determined to contribute effectively to such cost reduction,

have agreed on the following provisions:

Les Etats parties au présent accord,

en leur qualité d'Etats parties à la Convention sur la délivrance de brevets européens (Convention sur le brevet européen) du 5 octobre 1973;

réaffirmant leur désir de renforcer la coopération entre les Etats européens dans le domaine de la protection des inventions;

vu l'article 65 de la Convention sur le brevet européen;

reconnaissant l'importance de l'objectif visant à réduire les coûts liés à la traduction des brevets européens;

soulignant la nécessité d'une large adhésion à cet objectif;

déterminés à contribuer efficacement à une telle réduction des coûts;

sont convenus des dispositions suivantes:

Artikel 1

**Verzicht auf
Übersetzungserfordernisse**

(1) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der eine Amtssprache mit einer der Amtssprachen des Europäischen Patentamts gemein hat, verzichtet auf die in Artikel 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens vorgesehenen Übersetzungserfordernisse.

(2) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der keine Amtssprache mit einer der Amtssprachen des Europäischen Patentamts gemein hat, verzichtet auf die in Artikel 65 Absatz 1 des Europäi-

Article 1

**Dispensation with
translation requirements**

(1) Any State party to this Agreement having an official language in common with one of the official languages of the European Patent Office shall dispense with the translation requirements provided for in Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention.

(2) Any State party to this Agreement having no official language in common with one of the official languages of the European Patent Office shall dispense with the translation requirements provided for in

Article premier

**Renonciation aux exi-
gences en matière de traduction**

(1) Tout Etat partie au présent accord ayant une langue officielle en commun avec une des langues officielles de l'Office européen des brevets renonce aux exigences en matière de traduction prévues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen.

(2) Tout Etat partie au présent accord n'ayant aucune langue officielle en commun avec une des langues officielles de l'Office européen des brevets renonce aux exigences en matière de traduction pré-

schen Patentübereinkommens vorgesehene Übersetzungserfordernisse, wenn das europäische Patent in der von diesem Staat vorgeschriebenen Amtssprache des Europäischen Patentamts erteilt oder in diese Sprache übersetzt und nach Maßgabe des Artikels 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens eingereicht worden ist.

(3) Die in Absatz 2 genannten Staaten behalten das Recht zu verlangen, dass eine Übersetzung der Patentansprüche in einer ihrer Amtssprachen nach Maßgabe des Artikels 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens eingereicht wird.

(4) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als schränke es das Recht der Vertragsstaaten dieses Übereinkommens ein, auf ein Übersetzungserfordernis ganz zu verzichten oder großzügigere Übersetzungserfordernisse festzulegen, als sie in den Absätzen 2 und 3 angeführt sind.

Artikel 2

Übersetzungen im Fall von Streitigkeiten

Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als schränke es das Recht der Vertragsstaaten dieses Übereinkommens ein, den Patentinhaber im Fall von Streitigkeiten über ein europäisches Patent zu verpflichten, auf eigene Kosten

- a) auf Antrag eines vermeintlichen Patentverletzers eine vollständige Übersetzung in eine Amtssprache des Staates vorzulegen, in dem die vermeintliche Patentverletzung stattgefunden hat,
- b) auf Verlangen des zuständigen Gerichts oder einer gerichtsähnlichen Behörde im Rahmen eines Verfahrens eine vollständige Übersetzung in eine Amtssprache des betreffenden Staates vorzulegen.

Artikel 3

Unterzeichnung – Ratifikation

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens bis zum 30. Juni 2001 zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

Artikel 4

Beitritt

Dieses Übereinkommen steht nach Ablauf der Unterzeichnungsfrist nach Artikel 3 Absatz 1 den Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens und den Staaten zum Beitritt offen, die zum Beitritt zu jenem Übereinkommen berechtigt sind. Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention, if the European patent has been granted in the official language of the European Patent Office prescribed by that State, or translated into that language and supplied under the conditions provided for in Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention.

(3) The States referred to in paragraph 2 shall continue to have the right to require that a translation of the claims into one of their official languages be supplied under the conditions provided for in Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention.

(4) Nothing in this Agreement shall be construed as restricting the right of the States parties to this Agreement to dispense with any translation requirement or to apply more liberal translation requirements than those referred to in paragraphs 2 and 3.

Article 2

Translations in case of dispute

Nothing in this Agreement shall be construed as restricting the right of the States parties to this Agreement to prescribe that, in the case of a dispute relating to a European patent, the patent proprietor, at his own expense,

- (a) shall supply, at the request of an alleged infringer, a full translation into an official language of the State in which the alleged infringement took place,
- (b) shall supply, at the request of the competent court or quasi judicial authority in the course of legal proceedings, a full translation into an official language of the State concerned.

Article 3

Signature – Ratification

(1) This Agreement shall be open for signature by any Contracting State to the European Patent Convention until 30 June 2001.

(2) This Agreement shall be subject to ratification. Instruments of ratification shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany.

Article 4

Accession

This Agreement shall, on expiry of the term for signature mentioned in Article 3, paragraph 1, be open to accession by any Contracting State to the European Patent Convention and any State which is entitled to accede to that Convention. Instruments of accession shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany.

vues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen, si le brevet européen a été délivré dans la langue officielle de l'Office européen des brevets prescrit par cet Etat, ou traduit dans cette langue et fourni dans les conditions prévues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen.

(3) Les Etats visés au paragraphe 2 conservent le droit d'exiger qu'une traduction des revendications dans une de leurs langues officielles soit fournie dans les conditions prévues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen.

(4) Le présent accord ne saurait être interprété en vue de restreindre le droit des Etats parties au présent accord de renoncer à toute exigence en matière de traduction ou d'appliquer en matière de traduction des règles moins contraignantes que celles visées aux paragraphes 2 et 3.

Article 2

Traductions en cas de litige

Le présent accord ne saurait être interprété en vue de restreindre le droit des Etats parties au présent accord de prescrire que, en cas de litige relatif à un brevet européen, le titulaire du brevet fournit, à ses frais,

- a) à la demande du préteudou contrefacteur, une traduction complète du brevet dans une langue officielle de l'Etat où la contrefaçon alléguée du brevet a eu lieu,
- b) à la demande de la juridiction compétente ou d'une autorité quasi-juridictionnelle dans le cadre d'une procédure, une traduction complète du brevet dans une langue officielle de l'Etat concerné.

Article 3

Signature – Ratification

(1) Le présent accord est ouvert jusqu'au 30 juin 2001 à la signature de tout Etat partie à la Convention sur le brevet européen.

(2) Le présent accord est soumis à ratification. Les instruments de ratification sont déposés auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

Article 4

Adhésion

Après l'expiration du délai de signature mentionné à l'article 3, paragraphe 1, le présent accord est ouvert à l'adhésion de tout Etat partie à la Convention sur le brevet européen et de tout Etat habilité à adhérer à ladite Convention. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

Artikel 5**Ausschluss von Vorbehalten**

Kein Vertragsstaat kann Vorbehalte zu diesem Übereinkommen machen.

Artikel 6**Inkrafttreten**

(1) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des vierten Monats nach Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde von acht Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens einschließlich der drei Staaten, in denen 1999 die meisten europäischen Patente wirksam wurden, in Kraft.

(2) Jede Ratifikation oder jeder Beitritt nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens wird am ersten Tag des vierten Monats nach der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde wirksam.

Artikel 7**Geltungsdauer des Übereinkommens**

Dieses Übereinkommen wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen.

Artikel 8**Kündigung**

Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens kann es jederzeit kündigen, nachdem es drei Jahre in Kraft war. Die Kündigung wird der Regierung der Bundesrepublik Deutschland notifiziert. Sie wird ein Jahr nach dem Tag der Notifikation wirksam. Vor dem Wirksamwerden der Kündigung erworbene Rechte werden davon nicht berührt.

Artikel 9**Anwendungsbereich**

Dieses Übereinkommen gilt für europäische Patente, für die der Hinweis auf die Erteilung nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens für den betreffenden Staat im Europäischen Patentblatt bekannt gemacht worden ist.

Artikel 10**Sprachen des Übereinkommens**

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, und wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

Artikel 11**Übermittlungen und Notifikationen**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellt beglaubigte Abschriften des Übereinkommens her und übermittelt sie den Regierungen aller anderen Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind.

Article 5**Prohibition of reservations**

No State party to this Agreement may make reservations thereto.

Article 6**Entry into force**

(1) This Agreement shall enter into force on the first day of the fourth month after the deposit of the last instrument of ratification or accession by eight Contracting States to the European Patent Convention, including the three States in which the most European patents took effect in 1999.

(2) Any ratification or accession after the entry into force of this Agreement shall take effect on the first day of the fourth month after the deposit of the instrument of ratification or accession.

Article 7**Duration of the Agreement**

This Agreement shall be concluded for an unlimited duration.

Article 8**Denunciation**

Any State party to this Agreement may denounce it at any time, once it has been in force for three years. Notification of denunciation shall be given to the Government of the Federal Republic of Germany. The denunciation shall take effect one year after the date of receipt of such notification. No rights acquired pursuant to this Agreement before the denunciation took effect shall thereby be impaired.

Article 9**Scope**

This Agreement shall apply to European patents in respect of which the mention of grant was published in the European Patent Bulletin after the Agreement entered into force for the State concerned.

Article 10**Languages of the Agreement**

This Agreement, drawn up in a single original in the English, French and German languages shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany, the three texts being equally authentic.

Article 11**Transmissions and notifications**

(1) The Government of the Federal Republic of Germany shall draw up certified true copies of this Agreement and shall transmit them to the Governments of all signatory or acceding States.

Article 5**Interdiction des réserves**

Aucun Etat partie au présent accord ne peut faire de réserves à son égard.

Article 6**Entrée en vigueur**

(1) Le présent accord entre en vigueur le premier jour du quatrième mois suivant le dépôt du dernier des instruments de ratification ou d'adhésion de huit Etats parties à la Convention sur le brevet européen, dont les trois Etats dans lesquels le plus grand nombre de brevets européens a pris effet en 1999.

(2) Toute ratification ou adhésion postérieure à l'entrée en vigueur du présent accord prend effet le premier jour du quatrième mois suivant le dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion.

Article 7**Durée de l'accord**

Le présent accord est conclu sans limitation de durée.

Article 8**Dénonciation**

Tout Etat partie au présent accord peut à tout moment le dénoncer, dès lors que ce dernier a été en vigueur pendant trois ans. La dénonciation est notifiée au gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Elle prend effet à l'expiration du délai d'une année à compter de la date de réception de cette notification. En ce cas, il n'est pas porté atteinte aux droits acquis antérieurement à la prise d'effet de cette dénonciation.

Article 9**Champ d'application**

Le présent accord s'applique aux brevets européens pour lesquels la mention de la délivrance a été publiée dans le Bulletin européen des brevets, après que l'accord est entré en vigueur pour l'Etat concerné.

Article 10**Langues de l'accord**

Le présent accord est rédigé en un exemplaire en langues allemande, anglaise et française, qui est déposé auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, les trois textes faisant également foi.

Article 11**Transmissions et notifications**

(1) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne établit des copies certifiées conformes du présent accord et les transmet aux gouvernements des Etats signataires ou adhérents.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland notifiziert den in Absatz 1 genannten Regierungen

- a) jede Unterzeichnung,
- b) die Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde,
- c) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens,
- d) jede Kündigung nach Artikel 8 und den Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland lässt dieses Übereinkommen beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.

Zu Urkund dessen haben die hierzu ernannten Bevollmächtigten nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu London am 17. Oktober 2000 in einer Urschrift in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) The Government of the Federal Republic of Germany shall notify to the Governments of the States referred to in paragraph 1:

- (a) any signature;
- (b) the deposit of any instrument of ratification or accession;
- (c) the date of entry into force of this Agreement;
- (d) any denunciation received pursuant to Article 8 and the date on which it will take effect.

(3) The Government of the Federal Republic of Germany shall register this Agreement with the Secretariat of the United Nations.

In witness whereof, the Plenipotentiaries authorised thereto, having presented their Full Powers, found to be in good and due form, have signed this Agreement.

Done at London on 17 October 2000, in one original, in English, French and German, each text being equally authentic.

(2) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne notifie aux gouvernements des Etats visés au paragraphe 1:

- a) les signatures;
- b) le dépôt de tout instrument de ratification ou d'adhésion;
- c) la date d'entrée en vigueur du présent accord;
- d) toute dénonciation reçue en application de l'article 8 et la date à laquelle celle-ci prend effet.

(3) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne fait enregistrer le présent accord auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

En foi de quoi les plénipotentiaires désignés à cette fin, après avoir présenté leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, ont signé le présent accord.

Fait à Londres le dix-sept octobre deux mille en un exemplaire original, en allemand, anglais, et français, tous les textes faisant également foi.

Denkschrift

I. Allgemeine Bemerkungen

Das Übereinkommen über die Anwendung des Artikels 65 des Europäischen Patentübereinkommens stellt ein Ergebnis der Regierungskonferenz der Mitgliedstaaten der Europäischen Patentorganisation am 16. und 17. Oktober 2000 in London dar. Diese beschäftigte sich mit Möglichkeiten der Kostensenkung im Zusammenhang mit Übersetzungen europäischer Patente.

Die Europäische Patentorganisation wurde am 5. Oktober 1973 mit der Unterzeichnung des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) gegründet, das am 7. Oktober 1977 zunächst für die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Schweiz und Vereinigtes Königreich in Kraft trat. Zurzeit (Stand: 1. Juli 2003) gehören dieser von der EU unabhängigen Organisation 27 Staaten an, darunter alle EU-Mitgliedstaaten, aber auch andere Staaten wie die Schweiz oder die Türkei. Die Europäische Patentorganisation ermöglicht es Anmeldern, mit einer Anmeldung Patentschutz für einzelne oder alle Vertragsstaaten in einem einheitlichen Verfahren zu beantragen. Zentrale Behörde ist das Europäische Patentamt mit Hauptsitz in München. Amtssprachen des Europäischen Patentamtes sind Deutsch, Englisch und Französisch. Das Amt führt Patentrecherchen und -prüfungen für alle Vertragsstaaten durch. Der Anmelder kann selbst bestimmen, in welchen Vertragsstaaten das Patent Wirkung haben soll. Erteilt wird ein so genanntes europäisches Bündelpatent, das in den benannten Vertragsstaaten dieselbe rechtliche Wirkung wie ein in diesem Staat erteiltes nationales Patent entfaltet.

Nach derzeitig geltender Rechtslage kann gemäß Artikel 65 Abs. 1 EPÜ jeder Vertragsstaat eine Übersetzung der europäischen Patentschrift in seine Amtssprache verlangen. Von dieser Möglichkeit haben gegenwärtig nahezu alle Vertragsstaaten Gebrauch gemacht. So belaufen sich allein die Übersetzungskosten für ein durchschnittliches europäisches Patent auf ca. 12 000 Euro und stellen 40 % der gesamten Patentkosten dar. Die Kosten für ein europäisches Patent sind auch aus diesem Grund deutlich höher als für ein Patent in den USA oder in Japan.

Um diese Kosten zu senken, wurde auf der Pariser Regierungskonferenz der EPÜ-Mitgliedstaaten am 24. /25. Juni 1999 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die einen Entwurf für ein fakultatives Übereinkommen zur Anwendung von Artikel 65 EPÜ erarbeitete. Dieser Entwurf stellte die Grundlage für das nun vorliegende Übereinkommen dar und hat zum Ziel, die Übersetzungskosten für europäische Patente künftig um mindestens 50 % zu senken.

Das Übereinkommen trifft folgende Regelung: Jeder Staat, der eine Amtssprache (Deutsch, Englisch oder Französisch) mit dem Europäischen Patentamt (EPA) gemein hat, verzichtet auf sein Recht gemäß Artikel 65 EPÜ, eine Übersetzung europäischer Patente in die eigene Amtssprache einzufordern. Das in Artikel 14 Abs. 7 EPÜ festgelegte Erfordernis einer Übersetzung der Patentansprüche, also der Kernaussage des Patents, in die drei Amtssprachen des EPA bleibt davon unberührt. Hat ein Vertragsstaat dagegen keine Amtssprache mit dem EPA gemein, behält er das Recht zu verlangen, dass eine

Übersetzung der Patentansprüche in eine seiner Amtssprachen eingereicht wird. Er verzichtet jedoch auf eine Übersetzung der gesamten europäischen Patentschrift in eine seiner Amtssprachen, wenn das Patent in einer von diesem Staat bezeichneten EPA-Sprache erteilt oder eine Übersetzung in diese Sprache eingereicht wurde. Jedem Staat bleibt es unbenommen, den Inhaber des europäischen Patents im Fall eines Gerichtsverfahrens zu verpflichten, eine vollständige Übersetzung des europäischen Patents vorzulegen.

Die Bundesregierung begrüßt die erzielte Lösung als sinnvolles Mittel zu einer erheblichen Reduzierung der Übersetzungskosten. Dies kommt der innovativen Industrie, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und dem einzelnen Erfinder unmittelbar zugute und stärkt damit den Standort Deutschland. Darin liegt auch ein wichtiges politisches Signal mit Blick auf die Reform des europäischen Patentsystems insgesamt. Die Bundesregierung hält es daher für wünschenswert, dass die Vertragsstaaten des Übereinkommens dieses möglichst rasch ratifizieren. Das Übereinkommen tritt am ersten Tag des vierten Monats nach Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde von acht Vertragsstaaten des EPÜ einschließlich der drei Staaten, in denen 1999 die meisten europäischen Patente erteilt wurden, also Deutschland, Frankreich und England, in Kraft.

Die Bundesrepublik Deutschland hat das Übereinkommen bereits unmittelbar nach Ende der Regierungskonferenz am 17. Oktober 2000 gezeichnet. Bis zum 30. Juni 2001, dem Tag, bis zu dem der Vertrag zur Zeichnung auflag, haben insgesamt zehn Staaten gezeichnet.

Die Umsetzung der Vorgaben des vorliegenden Übereinkommens in innerstaatliches Recht erfordert einige Modifikationen des nationalen Patentrechts. Die erforderlichen Änderungen sind in einem getrennten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen, der parallel zum vorliegenden Vertragsgesetz vorgelegt wird, enthalten.

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zur Präambel

Der erste Erwägungsgrund der Präambel nimmt Bezug auf die Grundlage des Übereinkommens, das Europäische Patentübereinkommen.

Der zweite Erwägungsgrund lehnt sich an den ersten Erwägungsgrund des Europäischen Patentübereinkommens an.

Die weiteren Erwägungsgründe betonen die Notwendigkeit einer Kostensenkung im Zusammenhang mit der Übersetzung europäischer Patente.

Zu Artikel 1

Artikel 1 enthält die zentrale Regelung des Übereinkommens.

Nach Absatz 1 verzichten diejenigen Vertragsstaaten, die eine Amtssprache mit einer der drei offiziellen Sprachen des EPA (Englisch, Französisch, Deutsch) gemein haben,

auf den in Artikel 65 Abs. 1 beschriebenen Anspruch auf eine Übersetzung der vollständigen Patentschrift in ihre Sprache. In diese Gruppe fallen derzeit folgende Mitgliedstaaten: Belgien, Deutschland, Frankreich, Irland, Liechtenstein, Luxemburg, Monaco, Österreich, Schweiz und Vereinigtes Königreich. Aufgrund von Artikel 14 Abs. 7 EPÜ werden jedoch weiterhin die Patentansprüche in die drei Amtssprachen des Europäischen Patentamtes übersetzt. Eine deutsche Fassung der Ansprüche, also der Kernaussage des Patents, wird demnach stets vorliegen.

Diejenigen Staaten, die keine Amtssprache mit einer der Amtssprachen des EPA gemein haben, verzichten gemäß Absatz 2 auf eine Übersetzung der gesamten Patentschrift in ihre Amtssprache, wenn das europäische Patent in einer von diesem Staat benannten Amtssprache des EPA erteilt oder in diese Sprache übersetzt worden ist. Diese Staaten behalten nach Absatz 3 das Recht, eine Übersetzung der Ansprüche eines Patents in eine der Amtssprachen ihres Landes zu verlangen. In diese Gruppe fallen derzeit die Mitgliedstaaten Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Italien, Niederlande, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn und Zypern.

Absatz 4 stellt klar, dass die Vertragsstaaten über die Regelungen dieses Abkommens hinaus auf Übersetzungen verzichten oder großzügigere Übersetzungserfordernisse aufstellen können.

Zu Artikel 2

Artikel 2 weist darauf hin, dass das Recht der Vertragsstaaten, den Patentinhaber im Falle gerichtlicher Streitigkeiten zu verpflichten, auf eigene Kosten vollständige Übersetzungen des umstrittenen Patents in die Landessprache vorzulegen, vom Anwendungsbereich des neuen Abkommens unberührt bleibt. Dies gilt sowohl für Übersetzungen auf Antrag eines vermeintlichen Patentverletzers als auch auf Verlangen des zuständigen Gerichts oder einer gerichtsähnlichen Behörde.

Die Artikel 3 bis 11 des Übereinkommens enthalten die Verfahrensbestimmungen und die Schlussklauseln, die allgemeinen Standards in internationalen Übereinkommen entsprechen.

Zu Artikel 3

Absatz 1 regelt die Frist für die Unterzeichnung des Übereinkommens. Das Übereinkommen ist von der Bundesrepublik Deutschland nach dem Ende der Regierungskonferenz der Mitgliedstaaten der Europäischen Patentorganisation am 17. Oktober 2000 gezeichnet worden. Dänemark, Liechtenstein, Monaco, die Niederlande, Schweden, die Schweiz und das Vereinigte Königreich haben das Übereinkommen ebenfalls unmittelbar nach Abschluss der Konferenz gezeichnet. Bis zum 30. Juni

2001, d. h. dem Tag, bis zu dem das Übereinkommen zur Zeichnung auflag, haben außerdem Frankreich und Luxemburg dieses gezeichnet. Absatz 2 statuiert ein Ratifikationserfordernis für das Übereinkommen. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Bundesregierung hinterlegt, da die Bundesrepublik Depositarstaat des EPÜ gemäß dessen Artikel 165 Abs. 2 ist.

Zu Artikel 4

Artikel 4 regelt die Möglichkeit zum Beitritt nach Ablauf der Unterzeichnungsfrist gemäß Artikel 3 Abs. 1. Der Beitritt steht auch Staaten offen, die zum Beitritt zum EPÜ berechtigt sind.

Zu Artikel 5

Artikel 5 schließt Vorbehaltsmöglichkeiten der Vertragsstaaten aus.

Zu Artikel 6

Das Protokoll tritt gemäß Absatz 1 in Kraft, wenn es von acht Vertragsstaaten, einschließlich der drei Staaten, für die das EPA 1999 die meisten europäischen Patente erteilt hat, nämlich Großbritannien, Frankreich und Deutschland, ratifiziert wird.

Absatz 2 regelt das Wirksamwerden einer Ratifikation oder eines Beitritts.

Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt den zeitlichen Geltungsbereich des Übereinkommens.

Zu Artikel 8

Die Bestimmung regelt die Modalitäten einer Kündigung des Übereinkommens sowie deren Wirksamwerden.

Zu Artikel 9

Artikel 9 regelt den Anwendungsbereich des Übereinkommens auf europäische Patente, deren Erteilung nach Inkrafttreten des Übereinkommens für den betreffenden Staat bekannt gemacht worden ist.

Zu Artikel 10

Artikel 10 bestimmt Deutsch, Englisch und Französisch (die Amtssprachen der Europäischen Patentorganisation) als offizielle Sprachen des Übereinkommens, wobei jede Fassung gleichermaßen verbindlich ist.

Zu Artikel 11

Die Bestimmung regelt die Übermittlung beglaubigter Abschriften des Übereinkommens und Notifikationen sowie die Registrierung des Übereinkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen.